



Das Regierungsprogramm im Bodenschutz-Check

JÄNNER 2024

Bodenschutz-relevantes Projekt gemäß Regierungsprogramm	Status
Österreichweite Bodenschutzstrategie für sparsameren Flächenverbrauch	●
Zielpfad zur Reduktion des Flächenverbrauchs auf netto 2,5 Hektar pro Tag bis 2030	●
Umsetzung der ÖROK-Empfehlungen zur Stärkung der Orts- und Stadtkerne, zum Flächensparen, Flächenmanagement und zur aktiven Bodenpolitik	●
Ausweisung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen und ökologischen Vorrangflächen	●
Bodenfunktionsbewertung inklusive CO ₂ -Speicherkapazität	●
Förderung und Erweiterung von Brachflächenrecycling	●
Leerstandsmanagement (Erhebung, Datenbank, Aktivierung)	●
Stärkung der überregionalen Raumplanung	●
Förderung der Baukultur	●
Klima- und Bodenverbrauchs-Check	●
Umweltverfahren verbessern	●
Ökologisierung des Steuersystems	●
Neuer Finanzausgleich mit klareren Regeln zwischen Gebietskörperschaften	●
Ökologisierung der Wohnbauförderung (inkl. Stärkung Sanierung, umweltschonendes Bauen)	●
Vorrang von Nachverdichtung und Überbauung vor Versiegelung grüner Wiesen, Förderung von flächenoptimierten Bauweisen bei Neubauten	●
Erneuerung der nationalen Biodiversitätsstrategie sowie Aufnahme aller Sektoren	●
Finanzierung eines Biodiversitätsfonds zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie	●
Unterstützung der Bundesländer bei der Ausweisung neuer und Erhaltung von bestehenden Wildnisgebieten, Natura 2000-Gebieten, Biosphärenparks und Schutzgebieten	●
Schaffung neuer und Erweiterung bestehender Nationalparks	●
Konzept für Schutz und nachhaltige Nutzung alpiner Freiräume gemäß Alpenkonvention	●
Novellierung des Energieeffizienzgesetzes	●
Erneuerbaren-Ausbau unter Beachtung strenger Kriterien in Bezug auf Ökologie und Naturverträglichkeit	●

Das WWF-Bodenschutz-Barometer im Detail

Anhand eines Ampelsystems zeigt das WWF-Monitoring den Stand der im [Regierungsprogramm](#) versprochenen 22 Maßnahmen mit direkter und indirekter Bodenschutz-Relevanz. Die Bewertung zeigt, inwiefern die Bundesregierung ihre eigenen Projekte wie angekündigt vollständig umgesetzt (grün), nur teilweise abgearbeitet (gelb) oder noch gar nicht erledigt hat (rot). Zwischen-Fazit: Vier Jahre nach der Angelobung hängt immer noch die Hälfte der Maßnahmen in der Warteschleife fest. Nur bei elf Projekten gibt es Fortschritte, davon sind lediglich zwei vollständig umgesetzt.

Bewertung der Fortschritte

Förderung und Erweiterung von Brachflächenrecycling

Die Förderschiene ist geschaffen und aus EU-Mitteln mit [acht Millionen Euro bis 2025](#) dotiert. Für eine flächendeckende Umsetzung braucht es aber noch mehr Budget.

Finanzierung eines Biodiversitätsfonds zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie

Das Umweltministerium hat einen Biodiversitätsfonds eingerichtet, finanziell dotiert und im Umweltförderungsgesetz verankert. Mehrere Projekte sind bereits vergeben. Für eine ambitionierte Umsetzung der Biodiversitätsstrategie braucht es in Zukunft dennoch deutlich mehr Mittel. Mittelfristig ist gemäß [WWF](#) und [Wissenschaft](#) eine Milliarde notwendig.

Klima- und Bodenverbrauchs-Check

Die Umweltministerin hat klimaschädliche und bodenfressende Straßenbau-Vorhaben überprüft und vorläufig gestoppt, darunter den Lobau-Tunnel unter dem Nationalpark Donau-Auen. Die dauerhafte Umsetzung des Checks, etwa im Klimaschutzgesetz, ist aber ausständig.

Umweltverfahren verbessern

Die mit der UVP-Novelle 2023 etablierte Vorgabe, dass jedes neue Projekt im Genehmigungsverfahren ein Bodenkzept vorlegen muss, geht in die richtige Richtung. Das gleiche gilt für die Senkung der Schwellenwerte, ab denen ein Projekt UVP-pflichtig ist. Allerdings hat Österreich im internationalen Vergleich immer noch relativ hohe Schwellenwerte und fehlen auch in anderen Bereichen noch viele Maßnahmen für qualitativ bessere Verfahren, die wertvolle Böden besser vor der Versiegelung schützen.

Ökologisierung des Steuersystems

[Die Einführung der schrittweise steigenden CO₂-Bepreisung ist ein Fortschritt, müsste aber viel ambitionierter ausfallen.](#) Nur so entsteht die notwendige Lenkungswirkung. Geradezu fahrlässig ist der fehlende Abbau umweltschädlicher Subventionen. Laut WIFO werden allein in den Bereichen Energie und Verkehr bis zu 5,7 Milliarden Euro pro Jahr mit potenziell negativen Umwelteffekten ausgegeben. Das befeuert neben der

Klimakrise auch den Bodenverbrauch, weil falsche Subventionen zum Beispiel die weitere Zersiedelung und Verbauung der Landschaft fördern. Die Bundesregierung hat bisher aber weder das „Dieselprivileg“ gestrichen, noch die Pendelförderung ökologisiert, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Ökologisierung der Wohnbauförderung (inkl. Stärkung Sanierung, umweltschonendes Bauen)

Die Bundesregierung hat die Mittel für Sanierungen in den vergangenen Jahren erhöht und im Finanzausgleich einen „Zukunftsfonds“ mit einem Sanierungsbereich verankert, allerdings gibt es keine Initiative für eine grundlegende Ökologisierung - wohl auch aus Rücksicht auf die dafür federführend zuständigen Bundesländer. Aus Sicht des Bodenschutzes ist eine umfassende Priorisierung und Förderung von Sanierungen anstelle von Neubauten auf der grünen Wiese notwendig.

Erneuerung der nationalen Biodiversitäts-Strategie sowie Aufnahme aller Sektoren

Das Umweltministerium hat bereits 2022 die [Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030+](#) veröffentlicht. Maßnahmen und Zuständigkeiten sind aber in vielen Fällen zu allgemein gehalten, um wirksame konkrete Schritte umsetzen zu können. Über den Erfolg oder das Scheitern entscheidet daher eine koordinierte Umsetzung in Form eines integrativen Nationalen Aktionsplanes, damit die Strategie nicht als Papiertiger endet. Alle Ministerien und insbesondere die Bundesländer sind dafür massiv gefordert.

Unterstützung der Bundesländer bei der Ausweisung neuer und Erhaltung von bestehenden Wildnisgebieten, Natura-2000-Gebieten, Biosphärenparks und Schutzgebieten

Mit der Verankerung des vom WWF und Partnern forcierten 5-Länder-Biosphärenparks Mur-Drau-Donau ist ein Fortschritt gelungen. Nach der [UNESCO-Anerkennung](#) entsteht dort [Europas größtes Flussschutzgebiet](#). Für das vollständige Einlösen des Versprechens aus dem Regierungsprogramm gibt es noch sehr viel zu tun. So hat etwa die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der unzureichenden Ausweisung von Natura-2000-Gebieten eingeleitet.

Schaffung neuer und Erweiterung bestehender Nationalparks

Der Nationalpark Gesäuse wird auf [BMK-Initiative](#) um 113 Hektar erweitert. Um das Regierungsprogramm sowie die europäischen und nationalen Biodiversitätsziele zu erfüllen, sind aber noch weitere Schritte notwendig. Derzeit sind weniger als drei Prozent der Staatsfläche streng geschützt, laut EU-Ziel wären bis 2030 aber 10 Prozent notwendig.

Novellierung des Energieeffizienzgesetzes

Das Parlament hat das Gesetz 2023 beschlossen, aber nur als zahnlosen Minimalkompromiss. Im Sinne eines umfassenden Klima- und Bodenschutzes sollte der Energie- und Ressourcenverbrauch zumindest halbiert werden, wie es viele Fachleute seit Jahren fordern. In der Novelle fehlen allerdings viele Rahmenbedingungen dafür.

Erneuerbaren-Ausbau unter Beachtung strenger Kriterien in Bezug auf Ökologie und Naturverträglichkeit

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) ist in Kraft. Die versprochenen strengen ökologischen Kriterien wurden aber nur für die bereits extrem ausgebaute Wasserkraft umgesetzt – und auch hier mit Ausnahmen und Lücken. Daher ist auch das Versprechen des Regierungsprogramms nur teilweise erfüllt.

Zahlen und Fakten zum Bodenverbrauch

Intakte Böden sind nicht nur das Fundament unserer Lebensmittelversorgung, sondern gehören auch zu den wichtigsten Verbündeten gegen die Klima- und Biodiversitätskrise. Unverbaute Böden kühlen die Umgebung, können große Mengen an Wasser speichern und binden große Mengen Kohlendioxid aus der Atmosphäre.

- Der tägliche Bodenverbrauch liegt im Schnitt bei 12 Hektar pro Tag (2022)¹ – knapp das Fünffache des offiziellen Nachhaltigkeitsziels des Bundes von 2,5 Hektar.
- In Österreich sind pro Kopf umgerechnet rund 330 Quadratmeter versiegelt – über 20 Prozent mehr, als bisher angenommen.²
- Im Fall einer Bodenversiegelung gehen alle biologischen Funktionen verloren. Zugleich dauert die natürliche Neubildung von einem Zentimeter Humus 100 bis 200 Jahre.

Ausblick:

Ambitionierte Bodenschutz-Strategie überfällig

Im Herbst 2021 hatte die damals zuständige Landwirtschaftsministerin die Vorlage einer [Bodenstrategie bis Oktober 2022](#) versprochen - mit dem Ziel, den Flächenfraß bis 2030 um 80 Prozent zu senken. Bis heute liegt dazu aber nichts vor. In den bisher durchgesickerten Entwürfen lässt die Politik völlig offen, wie die notwendige Reduktion erreicht werden soll. Das seit mehr als 20 Jahren bestehende 2,5-Hektar-Ziel ist nur schwach in der Strategie verankert. Dazu kommt, dass abseits des Monitorings keine der im Aktionsplan aufgezählten Maßnahmen vor 2026 umgesetzt werden soll. Zudem haben die Verantwortlichen die zentralen Themen Naturschutz und Verkehr weitestgehend ausgespart. **Der WWF fordert daher den Beschluss einer ambitionierten Bodenschutz-Strategie mit einer verbindlichen Obergrenze für den Bodenverbrauch. Darauf aufbauend braucht es ein bundesweites Bodenschutzgesetz, damit die Strategie nicht als wirkungslose Absichtserklärung endet.**

Zum überfälligen Maßnahmenkatalog gehört zum Beispiel eine Ökologisierung der Raumordnung durch die Bundesländer, eine Reform der Kommunalsteuer, der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen und eine große Naturschutz-Offensive (neue Erholungsräume, Renaturierungen versiegelter Flächen, mehr und bessere Schutzgebiete etc.). Ebenfalls relevant ist eine stärkere Beachtung des Bodenschutzes im Umweltrecht.

Wien, im Jänner 2024

¹ WWF-Berechnung auf Basis der bisherigen Methode des Umweltbundesamtes (UBA)

² Neue Berechnungen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), Stand 2022